Teil XXVI – Die unsichtbaren Verträge – Teil II

Die „funktionale Währung“, die Amerikaner jede Woche verdienen, wird als Versicherungseinkommen angesehen, das den Sonderregeln für Versicherungen eines im Ausland kontrollierten Unternehmens unterliegt. Es wird nicht als wertvolle Gegenleistung angesehen, da es kein gleichwertiger Umtausch für gekaufte Dinge ist. Alle Amerikaner stehen unter der Agentur des Finanzministeriums. Der Finanzminister kontrolliert als Treuhänder des Mitarbeiter-Trusts (Sozialversicherung) das Versicherungseinkommen (Federal Reserve Notes in Form von Krediten), das über den Federal Old-Age and Survivors Insurance Trust Fund, den Federal Disability Insurance Trust Fund, fließt und der Internationale Währungsfonds.

Durch das kommerzielle Verfahren der Registrierung bei der Regierung sind der rechtliche Titel des Titels / Namens der „natürlichen Person“ und alle Vermögenswerte, die in diesem gesetzlichen Namen oder Titel platziert sind, rechtliches Eigentum der Bundesregierung. Durch die Registrierung des Vermögenswerts entsteht ein Sicherheitsinteresse zugunsten der Regierung.

Jeder Staat als Agentur der Regierung der Vereinigten Staaten wurde nun von allen rechtlichen Eigentumsrechten an Eigentum, das er an den Alien Property Custodian, den Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, verwahrt, entbunden.

Per Executive Order 9725 –

> “ Das Office of Alien Property Custodian wurde durch Executive Order 9788 vom 14. Oktober 1946 gekündigt... und seine Funktionen wurden auf den Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten übertragen. Die Übertragung der Funktionen wurde durch den Umstrukturierungsplan Nr. 1 von 1947 dauerhaft gemacht. Das Amt für fremdes Eigentum wurde durch die Generalstaatsanwaltschaft 249 – 61 vom 1. September 1961 an die Zivilabteilung des Justizministeriums übertragen und anschließend von abgeschafft Ausführungsverordnung 11281 vom 13. Mai 1966... Die übrigen Funktionen wurden an den Finanzminister übertragen.

In der Ausführungsverordnung 11281 heißt es im betreffenden Teil –

> “ Sec. (2) Der Finanzminister ist im Folgenden für die Verwaltung der Kontrollen verantwortlich, die gemäß der Ausführungsverordnung Nr. 8389 (Titel 95a

> Abschnitt 95a, Banken und Bankwesen) ausgeübt werden können, und er ist befugt und angewiesen, die von ihm ergriffenen Maßnahmen zu ergreifen kann in Bezug auf Eigentum oder Interessen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestellung gemäß Executive Order Nr. 8389 blockiert oder eingeschränkt bleiben, als notwendig erachtet werden.

12 USC Sec. 95a ist für die –

> “ Regulierung von Devisengeschäften mit Gold und Silber; Eigentumsübertragungen; Interessenbindungen, Durchsetzung und Strafen…

Alle vom Präsidenten oder Finanzminister vorgenommenen Handlungen werden vom Kongress gemäß 12 USC Sec. 95b, die die Änderung des Handels mit dem Feindgesetz von 1917 von 1933 abdeckt. Der Finanzminister kontrolliert alle Devisen bei Eigentumsübertragungen, einschließlich der Übertragung aller Titel auf Geburtsurkunden.

Da nur der Inhaber des gesetzlichen Eigentumsrechts (A) (B) Eigentum verpfänden kann, verpfändet die Bundesregierung die Sicherheiten als Pfand an den Finanzminister als Pfandgläubiger, der für den Internationalen Währungsfonds (IWF) zuständig ist. Der IWF ist die wichtigste Finanzagentur der Vereinten Nationen, wie sie durch die Bretton Woods-Abkommen von 1944 geschaffen wurde. Da alles Eigentum dem Finanzarm der Vereinten Nationen verpfändet wurde, unterwerfen sich die Vereinigten Staaten und alle Menschen dieses Landes der Gerichtsbarkeit der Vereinten Nationen als Treuhandgebiet gemäß Artikel 75, Artikel 77-1c, Artikel 83 und Artikel 76 der Charta der Vereinten Nationen wurde nun abgeschlossen.

Die Geburtsurkunde und die Registrierung der sozialen Sicherheit sollen alle Bürger dazu zwingen, (A) zur angeblichen finanziellen Insolvenz oder Insolvenz der Regierung beizutragen und eine Entschädigung für die Regierung zu schaffen, um am wirtschaftlichen Verlust des International Banking Cartel für die USA teilzuhaben laufende Reorganisation der Regierung nach Kapitel 11, die seit 1933 im Gange ist.

Da die Bundesregierung als ein den Staaten fremdes Unternehmen angesehen wird und die Bundesregierung das von ihr kontrollierte „Eigentum“ – die Handelsnamen – zur Unterstützung des Konkurses des Bundes verpfändet hat, muss der Staat nun alle „natürlichen“ Lizenzen erteilen Personen „durch eine Vielzahl von Mitteln [Führerschein, Nummernschilder, Belegungslizenz, Führerschein usw.], weil jede“ natürliche Person „jetzt eine“ ausländische „Bundesbehörde ist, die Geschäfte durch interessierten Handel in jedem Staat betreibt.

Shakespeare hatte recht.

Bürgschaften – Ersatzschuldner

Bürgschaft (A) (B) (C) ist eine Beziehung, in der der Mann oder die Frau eine Bürgschaft (A) (B) oder ein Sekundärschuldner gegenüber dem Gläubiger eines Primärschuldners wird. Der Hauptschuldner sind die Vereinigten Staaten, der Gläubiger ist die Federal Reserve Bank / der Internationale Währungsfonds, und jeder Mann oder jede Frau wird als Bürgschaft für das Treuhandkonto (A) der „natürlichen Person“ bestimmt, das aus einem Kontonamen [eingetragener Handel] besteht Name auf einer Geburtsurkunde] und Kontonummer [Sozialversicherungsnummer].

Menschen gehen davon aus, dass die Geburtsurkunde das legale oder rechtmäßige Dokument ist, das den absoluten oder perfekten Titel ihres eigenen Namens zeigt. Vor der Registrierung ist die Geburtsurkunde ein Inchoate-Instrument. Der Arzt als registrierter Vertreter des Staates erhält in der Regel von den Eltern eine unterschriebene Freigabe bezüglich einer bevorstehenden Geburt, bevor die Mutter das Krankenhaus betritt. Die Zahlung des Arztes in Federal Reserve Notes für erbrachte Dienstleistungen stellt keine wertvolle Gegenleistung für einen Vertrag dar. Nach der Geburt des Kindes in der Entbindungsstation unterschreiben der Arzt und einer der Elternteile die Geburtsurkunde. Eine Geburtsurkunde erstellt eine „Farbe des Titels“ (A) in Bezug auf den gesetzlichen Namen eo nomine, da die Unterschrift des Kindes nicht auf dem Originaldokument steht. Es ist nicht das Dokument des Kindes ex proprio motu.

Wie die Definition von „Farbe des Titels“ besagt – das Erscheinungsbild des Titels verleihen, wenn es in Wirklichkeit überhaupt keinen Titel gibt, weil der Titel in der übermittelnden Person fehlt. [Siehe auch Papiertitel] Der Staat (als Unternehmen) hat auf Antrag des Elternteils / Arztes den Namen zum angeblichen Nutzen des Kindes auf der Grundlage der in der Geburtsurkunde erhaltenen Informationen erstellt und vergeben.

Der Registrierungsprozess wird vom Arzt und nicht vom Elternteil abgeschlossen. Der Arzt ist die Partei, die die Geburtsurkunde an den Standesbeamten weiterleitet, da der Arzt die ärztliche Freigabe – Vollmacht – von den Eltern hat.

> … Dass jeder minderjährige oder volljährige Vater durch Tat oder Willen die Cuftody seines Kindes, entweder geboren oder ungeboren, zu einem Perfon, außer einem popifh recufant, entweder in Poffeffion oder Reverfion, unterscheiden kann, bis ein großes Kind das erreicht Alter von ein und zwanzig Jahren. Sie werden von ftatute oder teftamentary Guardian als Wächter bezeichnet.
>
> Blackstones Kommentare, Buch I, Kapitel 17, S. 450, 1765.

Da es keinen echten absoluten Titel gibt, kann es nur einen angenommenen gerechten Titel geben, den der Benutzer als Kontra-Bonos-Mores-Vertrag betrachten könnte. Der Staat hat sich jedoch verpflichtet, bei der Geburt der Vormund des Kindes zu sein. Dieser implizite Vertrag wird jedoch selbst nach den Standards des Einheitlichen Handelsgesetzbuchs NICHT als „nicht bestimmbar“ angesehen. Der Satz: „Die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bestehenden Umstände“ macht jeden Protest gegen die „Unbewusstheit“ zunichte, da die Regierung versprach, sich um die

„Person“ des Kindes zu kümmern, indem sie dessen Vormund ist.

Die künftige Besteuerung wird später erfolgen, nachdem das Kind mehrere Jahre lang eine Gemeinde des Staates gewesen ist, die funktionale Währung ohne Besteuerung verwendet, an Regierungsprogrammen wie Schule und Hochschule teilgenommen und für die ewige Regierung gearbeitet hat Unternehmen, die als Unternehmen bezeichnet werden. Alles ist zu einer von der Regierung gewährten Leistung geworden, die das Kind seit mehreren Jahren in Anspruch nimmt, bevor es die Regierung mit seiner verpfändeten Arbeit, seinem verpfändeten Eigentum und seinen Steuern zurückzahlen kann.

Die Einschreibung in die als „Staat“ bekannte juristische Fiktion ist mit der Registrierung der Geburtsurkunde bei den Bezirksbeamten abgeschlossen. Der freiwillige Akt der Registrierung überträgt direkt das Eigentum an Privateigentum, was letztendlich den Charakter seines Eigentums durch Verpfändung verändert. Der Name ist für „ausschließlich öffentliche Zwecke“. Wenn eine Person in einem „Staat“ „ansässig“ ist, was beides gesetzliche Fiktionen sind, ändert sich der Charakter der Geburtsurkunde von dem eines fühlenden Wesens zur Schaffung einer künstlichen Person. Das ist die genaue Absicht der Geburtsurkunde. Es dient der Schaffung einer juristischen Fiktion unter der totalen Autorität und Kontrolle des Staates.

Trusts werden, wie bereits erläutert, in der Definition von Titel 15 – Handel und Gewerbe eines Unternehmens zusammengefasst. Unternehmen haben als künstliche Personen künstliche oder fiktive Namen. Beispiele wären „General Motors“, „American Telephone & Telegraph“ oder „International Business Machines“. Unternehmen, Marken, Dienstleistungsmarken und Handelsnamen sind gesetzliche Fiktionen und werden daher registriert, weil ein Mann oder eine Frau vom Staat einen Vorteil für die Ausübung von Geschäften unter einer dieser künstlichen Einheiten verlangt. Künstliche „Personen“ wie Trusts und Unternehmen müssen vor Gericht von einem Anwalt vertreten werden.

> Herr Justice Curtis gibt in unserer Praxis das folgende Beispiel einer Fiktion an: „Eine Klage von oder gegen ein Unternehmen in seinem Firmennamen kann als Klage von oder gegen Staatsbürger des Staates angesehen werden, der die Körperschaft gegründet hat, und ohne Mittelwertbildung oder eine gegenteilige Ablehnung ist zulässig, um die Klage aus der Zuständigkeit eines Gerichts der Vereinigten Staaten zurückzuziehen. Es gibt die römische Fiktion: Das Gericht entscheidet zuerst über das Gesetz, setzt voraus, dass alle Mitglieder Staatsbürger des Staates sind, der die Klage erhoben hat Unternehmen und sagt dann: „Du sollst diese Vermutung nicht überschreiten“, und das ist jetzt das Gesetz.
>
> Gerichtsstand der Gerichte der Vereinigten Staaten, 2d ed., P. 148.

Das Gericht wird bei der Bestimmung des Rechts eines Trusts dasselbe tun wie bei der Bestimmung des Rechts einer Gesellschaft. Durch Umschreiben des obigen Zitats und Ersetzen des Begriffs „Vertrauen“ durch „Unternehmen“ ist es einfacher zu verstehen, wie Menschen vor Gericht

angegriffen werden –

> „Eine Klage … gegen ein Vertrauen in seinen Vertrauensnamen kann als Klage von … Staatsbürgern angesehen werden, die die Vertrauensstelle geschaffen haben …“

> Ein Bürger von Virginia kann die Baltimore and Ohio Railrod Company vor dem Circuit Court der Vereinigten Staaten wegen Maryland verklagen, und ein Durchschnitt, dass die Angeklagten eine vom Gesetzgeber von Maryland geschaffene Körperschaft sind, reicht aus, um dem Gericht die Zuständigkeit zu geben.
>
> Die verfassungsmäßigen Privilegien, die ein Staatsbürger eines Staates hat, um die Staatsbürger eines anderen Staates vor den Bundesgerichten zu verklagen, können nicht durch die Errichtung des letzteren in eine Körperschaft nach den Gesetzen des Staates, in dem sie leben, weggenommen werden. Die Kopierung selbst kann daher als solche verklagt werden.
>
> Alexander J. Marshall gegen The Baltimore and Ohio Railroad Company, 16 Howard 314, 314 (1853).

> Ein Staatsbürger eines Staates kann eine Gesellschaft verklagen, die von einem anderen Staat gegründet wurde, und seine Geschäfte in einem anderen Staat abwickeln (die Klage wird im letzteren Staat erhoben), obwohl einige Mitglieder der Gesellschaft keine Staatsbürger des Staates sind, in dem die Klage erhoben wird gebracht wird, und obwohl der Staat selbst ein Mitglied der Gesellschaft sein kann.
>
> Die Louisville Cincinnati & Charleston Railroad Company gegen Letson, 2 Howard 497, bei 497 (1844).

Der wahre Zweck der Überschriften der Handelsgerichtsklagen, die im Rahmen des Reorganisationsverfahrens nach Kapitel 11 durchgeführt werden, ist jetzt leichter zu verstehen –

> BUNDESSTAAT KALIFORNIEN
>
> v.
>
> JOHN HENRY DOE

Der „STAAT KALIFORNIEN“, ein Treuhänder, ist der Kläger gegen den Angeklagten „JOHN HENRY DOE“, ein Treuhandkonto, das gemäß der Insolvenzregel 9001 (10) als im Besitz befindlicher Schuldner / Treuhänder behandelt wird. Bei einer gerichtlichen Klage ist es nicht unbedingt erforderlich, dass der Staat geltend macht, er sei der Treuhänder des Kontos, da dies als „Überschuss“ angesehen wird.

Die Erstellung der Geburtsurkunde dient der Gründung einer kommerziellen Einheit oder eines Handelsnamens einer „natürlichen Person“, unter der Geschäfte getätigt werden sollen. Diese kommerzielle Einheit kann unter einer Vielzahl von Namen bekannt sein –

- Name aller Kappen
- Künstliche Person
- Handelsmarke
- Handelsname
- Person
- Stramineus homo
- Strohmann Name
- Marke
- Handelsname
- Vertrauensname

WENN EIGENTUM IM VERTRAUEN GEHALTEN WIRD, GIBT DER RECHTLICHE TITEL DES VERTRAUENS EIGENTUMS DAS KONTROLLIERENDE INTERESSE AN DER VERTRAUENSimmobilie.

> Der „bloße Benutzer“ von Eigentum zu sein, gibt einen Hinweis darauf, dass eine Partei an einem Trust beteiligt ist. Im Mittelalter wurden von der katholischen Kirche Trusts mit der Absicht gegründet, der Krone Englands das Eigentum an Land und Eigentum zu entreißen. Diese Geräte waren so erfolgreich, dass die Könige von England und das Parlament sie dauerhaft als ihre normale Art des Umgangs mit Eigentumsrechten übernahmen.
>
> Dies schien eine ausreichende Sicherheit gegen alle Entfremdungen in Mortmain zu sein [Gewährung des Eigentums an die Kirche]: Da sich die Rechte jedoch nur auf Geschenke und Übermittlungen zwischen den Parteien erstreckten, begannen die religiösen Hufe nun, dem Land einen fiktiven Titel zu verleihen. was es beabsichtigt war, sollten sie haben, und eine Klage zu erheben, um es gegen den Mieter wiederzugewinnen; die durch Betrug und Kollufion keine

> Verteidigung machten und dadurch ein Urteil für die religiöse Houfe fällten, die dann das Land durch Gesetzeszaun auf einen gefälschten vorherigen Titel zurückeroberte. Und so hatten sie die Ehre, die fiktiven Rechtsprechungen zu erfinden, die unter dem Namen gemeinsamer Wiederherstellungen zur großen Sicherheit des Königreichs werden.
>
> Blackstones Kommentare, Buch II, Kapitel 18, S. 270, 1765.

> “ NOCH, die Idee [Verwendungen und Vertrauensstellungen], die einmal eingeführt wurde, wie betrügerisch sie auch sein mag, wurde danach oftmals unschuldig und manchmal sehr lobenswert auf eine Reihe von zivilrechtlichen Zwecken angewendet: zumal sie die Zurückhaltung von Entfremdungen durch Willen beseitigte und die erlaubte Eigentümer von Grundstücken in seinem Leben, um von Zeit zu Zeit verschiedene Verleumdungen ihrer Gewinne vorzunehmen, wie es Klugheit, Juftice oder familiäre Bequemlichkeit erfordern könnten. Bis endlich, während unserer langen Kriege in Frankreich und der heftigen Unruhen zwischen den Hufen von York und Lancafter, wuchsen die Ufes universell: durch den Defire, den Männer hatten (als ihr Leben ständig in Gefahr war), ihre Kinder durch Willen zu versorgen und ihre Eftates vor dem Verfall zu schützen; als jede der konkurrierenden Parteien, als sie oben wurden, abwechselnd die andere kennenlernte. Um die Regierungszeit von Edward IV. (Vor welcher Zeit, so Lord Bacon, gibt es keine festen Cafés, die sich auf die Doktrin der UFES beziehen), begannen die Gerichte der Gerechtigkeit, sie [Verwendungen und Vertrauensstellungen] auf etwas Stammgastliches zu reduzieren fyftem.
>
> Blackstones Kommentare, Buch II, Kapitel 20, S. 329, 1765.

Die an einem Trust beteiligten Parteien können unter verschiedenen Namen bekannt sein. Die Partei, die das Vertrauen schafft (A), ist bekannt als –

- Vertrauensperson,
- Settlor oder
- Grantor.

Die Partei, die das Vertrauen kontrolliert, ist bekannt als –

- Treuhänder oder
- Inhaber des Rechtstitels.

Die Partei, die den Trust erhält, wird als – bezeichnet

- Nutznießer,
- Nützlicher Benutzer,
- Cestui que trust, oder
- Inhaber eines gerechten Titels.

Die Neufassung des Gesetzes, zweitens über Trusts 2d, Sec. 3 gibt die gleichen Informationen –

> 3. Siedler, Treuhandvermögen, Treuhänder und Begünstigter
>
> (1) Die Person, die ein Vertrauen schafft, ist der Siedler.
>
> (2) Das Treuhandvermögen ist das Treuhandvermögen.
>
> (3) Der Treuhänder ist der Treuhänder.
>
> (4) Begünstigter ist die Person, zu deren Gunsten Treuhandvermögen verwahrt wird.

Es sollte auch beachtet werden, dass die „Person“, die den Trust erstellt, und die „Person“, die Eigentum an dem Trust hält, als „Unternehmen oder nicht rechtsfähige Vereinigung“ betrachtet wird. Echte Menschen gelten nicht als „Personen“.

Trusts sind normalerweise, aber nicht immer, Verträge mit drei Parteien. Die erste Partei als Vertrauensperson ist die Partei, die die Vertrauensstellung erstellt, jedoch kein Interesse am Eigentum oder an der Verwendung des Vertrauenskorpus hat. In einem Trust wird der absolute Titel zwischen einem Rechtstitel und einem gerechten Titel aufgeteilt. Das Eigentum an dem absoluten Titel kann nicht gleichzeitig bei verschiedenen Personen oder Parteien bestehen oder bis der rechtliche Titel und der gerechte Titel wieder vereint sind. Der rechtliche Titel liegt immer beim Treuhänder, während der gerechte Titel oder die angemessene Verwendung an den Begünstigten geht.

> Wenn ein legaler Nachlass durch die fraglichen Taten an Mary Godley übergegangen ist, sind die Beschränkungen nach ihrem Nachlass nichtig und das gesamte Interesse liegt bei ihr. Für mich ist es unverständlich, wie eine Person den Gebrauch oder das Vertrauen für sich selbst nutzen kann; dass er sein eigener Treuhänder sein sollte; dass er das Recht haben sollte, sich selbst zur Ausführung der Nutzung oder des Vertrauens aufzufordern und, falls dies abgelehnt wird, die Leistung durchzusetzen. Soweit eine solche Gewerkschaft nicht gesetzlich anerkannt ist, ist es eine allgemein anerkannte Maxime, dass die Verwendung oder das Vertrauen sofort verschwindet, wenn die beiden Interessen derselben Person übertragen werden.

> Butler v. Godley, 12 N.C. 94, 2 S.E. 70 (1826).

Das gesetzliche Recht der meisten Staaten schreibt normalerweise vor, dass eine Geburtsurkunde ungefähr vierzehn Tage nach der Geburt des Kindes eingereicht werden muss. Auf diese Weise folgt der Staat der Maxime Qui prior est tempore potior est jure.

> 31 USC Sec. 9301 01/05/99
>
> TITEL 31 – GELD UND FINANZEN
>
> UNTERTITEL VI – VERSCHIEDENES
>
> KAPITEL 93 – Bürgschaften und Bürgschaften
>
> Sec. 9301. Definitionen
>
> -SATZUNG-
>
> In diesem Kapitel –
>
> (1) „Person“ bezeichnet eine Person, einen Trust, einen Nachlass, eine Personengesellschaft und eine Gesellschaft.
>
> (2) „Regierungsverpflichtung“ bezeichnet eine öffentliche Schuldenverpflichtung der Regierung der Vereinigten Staaten und eine Verpflichtung, deren Kapital und Zinsen von der Regierung bedingungslos garantiert werden.

Trusts, Nachlässe und Unternehmen fallen unter die Kategorie „SURETIES AND SURETY BONDS“, da jede natürliche Person / Person / gesetzlicher Name / Handelsname auf einem individuellen Mitarbeiterkonto geführt wird und rechtlich als Trust, Nachlass oder Unternehmen mit dem Trust behandelt wird , Nachlass oder Körperschaft, die als Bürgschaft für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Finanzierung der Regierung gehalten werden. Der Steuerpflichtige ist der Trust, das Vermögen oder die Gesellschaft. Das Trust-Eigentum oder „res“ ist jedes Eigentum, das im Namen der „natürlichen Person“ gehalten wird.

> Bond, Vertrag. Eine Verpflichtung oder Bürgschaft ist eine Tat, durch die der Schuldner sich selbst, seine Erben, Vollstrecker und Verwalter verpflichtet, an einem bestimmten Tag einen bestimmten Geldbetrag an einen anderen zu zahlen.
>
> Bouvier’s Law Dictionary, Bond, 1856.

Durch die Geburtsurkunde und die Sozialversicherungskarte, bei denen es sich um gebundene Dokumente handelt, verpflichtet sich ein Schuldner (Schuldner) selbst UND SEINE ERBEN, EXECUTOREN UND ADMINISTRATOREN, an einem Tag, der für Einkünfte aus einem Trust, Nachlass oder Unternehmen bestimmt ist, einen bestimmten Geldbetrag an einen anderen zu zahlen . Wenn eine Schuld vererbbar ist, erbt eine Partei den Nachlass eines Vorfahren, für den er steuerpflichtig ist. Während die Geburtsurkunde diese Erbschuld weitergibt, würden alle „natürlichen Personen“ ständig Steuern auf das Erbgut eines verstorbenen Insolvenzschuldners zahlen. Jeder Vorfahr, der seit 1933 gestorben ist, hat die Erbschuld an seine Erben weitergegeben.

Im Rahmen des Drittbegünstigtenvertrags der Geburtsurkunde erhielt der Empfänger ein Geschenk oder ein Vermächtnis. Ein Vermächtnis ist ein Wille des persönlichen Eigentums, daher wurde der Nachlass einer Ahnenpartei an die Regierung übertragen. Die Regierung wird per Definition zum Treuhänder oder Vollstrecker des Trusts. Die Ernennung der Regierung zum Vollstrecker des Nachlasses wird absolut –

> “ … Wenn er [der Testamentsvollstrecker] sicher, sofort und ohne Einschränkung in Bezug auf die Wirkungen des Testators oder zeitlich begrenzt ist.
>
> Bouvier’s Law Dictionary, Vollstrecker, 1856.

Persönliche Dienstleistungen wurden gemäß dem Internal Revenue Code von 1939, Abschnitt 119, von der Besteuerung ausgeschlossen. Der ursprüngliche „Tag“ für die Zahlung von Unternehmenssteuern war der 15. März.

Eine Liste der Formulare und Steuerklassen finden Sie im Internal Revenue Service Manual 6209. Dieser Index listet die verschiedenen Kategorien von Steuerklassen und deren Formulare auf. Seite 4-10 zeigt, dass die Steuerklasse 2 für die individuelle Einkommensteuer gilt, während die Steuerklasse 5 für die Nachlass- und Schenkungssteuer gilt.

Auf Seite 2-1 zeigt das Formular W-2 – Lohn- und Steuererklärung (Anweisungen), dass es sich um die Steuerklasse 5 – Nachlass- und Schenkungssteuern handelt. Dies ist das Formular, das ein Arbeitgeber an den Internal Revenue Service sendet. Es ist ein Beweis dafür, dass eine Person aus einem Nachlass bezahlt wird, anstatt eine Entschädigung für erbrachte persönliche Dienstleistungen zu erhalten.

Auf Seite 2-2 zeigt das W-4 – Quellensteuerzertifikat des Mitarbeiters, dass dieses Formular für die Steuerklasse 5 – Nachlass- und Schenkungssteuern gilt. Der Internal Revenue Service erhebt entweder immer noch Einkommenssteuern auf Grundstücke gemäß ihrer ursprünglichen Absicht, wie im Kongressbericht von 1913 für die Verabschiedung der 16. Änderung angegeben, oder die ausgefüllten Formulare sind nur für Geschenke an den Internal Revenue Service bestimmt.

Der IWF-Decoder (Individual Master File) zeigt auch die identische Steuerklasse für die Formulare W-2, W-4 und 1099 – Steuerklasse 5 – auf den Seiten 2-1, 2-2 bzw. 2-7 an.

Die IRS muss eine Partei dazu bringen, freiwillig zu behaupten, dass dies das ist, was sie erhalten haben, weil sie behauptet, dies einfach über das Formular erhalten zu haben. Der W-4 wird unter Strafe des Meineids unterzeichnet, und die Partei wird zum Vollstrecker eines Nachlasses. Alles Geld, das im Laufe des Jahres generiert wurde, wird als Geld aus einem Nachlass betrachtet.

Auf Seite 2-8 ist das Formular 1120 – Einkommensteuererklärung der US-Körperschaft das richtige Formular, um die Steuerklasse 3 – Körperschaftsteuer einzureichen.

Auf Seite 2-8 beziehen sich die Formulare 1099 alle auf die Steuerklasse 5 – Nachlass- und Schenkungssteuern. Wenn der Arbeitgeber dies an die Regierung sendet, behauptet der Arbeitgeber, dass das der Partei gegebene Geld einem Nachlass gehört. Es ist das Einkommen, das nicht aus persönlichen Anstrengungen stammt.

Auf Seite 2-6 ist Formular 1040 Steuerklasse 2 – US-Einkommensteuererklärung. Eine Erbschaftssteuer kann nicht auf ein individuelles Einkommensteuerformular erhoben werden. Das richtige Formular ist Formular 1041 (Anweisungen) – US-Treuhand-Einkommensteuererklärung (Nachlässe und Trusts). Das Formular 1041 sollte in Übereinstimmung mit dem Geld eingereicht werden, das von der entsprechenden W-4 für einen Nachlass erhalten wurde.

Gemäß Abschnitt 119 des Internal Revenue Code von 1939 gilt die Entschädigung für in den Vereinigten Staaten erbrachte persönliche Dienstleistungen nicht als Einkommen, außer im Fall eines gebietsfremden Ausländers. Jeder Mann oder jede Frau füllt entweder Nachlassformulare aus, die mit den Angaben des Kongresses von 1913 übereinstimmen, oder sie gelten als nicht ansässige Ausländer.

Der Internal Revenue Code von 1939 besagt:

§ 6065 – Überprüfung der Rücksendung

> “(b) Eid.
>
> … Dieser Unterabschnitt gilt nicht für Rückgaben und Erklärungen in Bezug auf von Einzelpersonen abgegebene Einkommenssteuern.

Dieser Abschnitt wird hier platziert, damit ein „Steuerzahler“ freiwillig die Steuer zahlen kann. Eine Partei kann nicht inhaftiert werden, wenn sie kein Dokument unter Strafe des Meineids unterschreibt. Dieser Abschnitt blieb bis 1976 im Internal Revenue Code. Historische Anmerkungen können „keine Änderung in der Substanz“ sagen, was bedeutet, dass die Wörter im Code geändert werden, aber das Gesetz sich nicht ändert. Auf der ersten Seite des Code of Federal Regulations heißt es, dass es sich um Privateigentum handelt, da es urheberrechtlich geschützt ist. Es ist kein Gesetz. Der Kodex ist das, was West Law Publishing sagt. Jede Partei muss Einwände gegen den als Gesetz verwendeten Kodex erheben, dann müssten die Menschen zum wirklichen Gesetz der Statuten zurückkehren. Der Code of Federal Regulations von West Law ist nur eine Auslegung des Gesetzes, das urheberrechtlich geschützt und verkauft ist.

Der Internal Revenue Service befindet sich nicht in Titel 31 Kapitel 3 unter der Organisation der Abteilung des Finanzministeriums. Das IRS behauptet, dass es sich im Finanzministerium befindet, jedoch nicht im Finanzministerium der Vereinigten Staaten.

Die Definition von Revenue Agent und Secretary of the Treasury befindet sich in 27 CFR 250.11. Der Revenue Agent wird als Mitglied des Finanzministeriums von Puerto Rico und der Sekretär als Sekretär des Finanzministeriums von Puerto Rico identifiziert. Da das ursprüngliche Gesetz zur Alkoholverwaltung vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten für verfassungswidrig erklärt wurde, wurde das im Rahmen des Gesetzes geschaffene Amt für Alkohol, Tabak und Schusswaffen lediglich nach Puerto Rico verlegt. Siehe das National Prohibition Act ab 26 CFR Teil 1 bis 27 CFR.

Die IRS-Veröffentlichung 594 auf Seite 7 beschreibt Sammlungsaktivitäten, für deren Durchsetzung Taschenprovisionen erforderlich sind. Alle Agenten, die sich mit der Öffentlichkeit befassen, haben eine Taschenprovision, von der es zwei Arten gibt. Taschenprovisionen werden als Durchsetzung oder Nichtdurchsetzung eingestuft. Die Vollstreckung darf nur an Spezialagenten, Kriminalpolizei usw. erfolgen. Alle anderen befugten Mitarbeiter erhalten nicht vollstreckbare Taschenprovisionen. Der Inkassobeamte / Prüfungsbeauftragte hat keine Durchsetzungskommission. Jede Durchsetzungsmaßnahme eines IRS-Mitarbeiters mit nur einer administrativen Taschenprovision überschreitet daher die Befugnisse dieses Mitarbeiters. Die Bestrafung für diese Gesetzesverletzung kann zivil- und strafrechtlich erfolgen. Im IRS-Handbuch heißt es, dass ein Mitarbeiter, der eine Taschenprovision für eine andere Aktivität als die vorgesehene verwendet, ins Gefängnis muss. Ein „A“ am Ende der Zahlenreihe, die eine Taschenkommission beschreibt, dient zur Verwaltung, im Gegensatz zum Suffix „E“ zur Durchsetzung.

Pseudonyme können vom Agenten zum Schutz vor Steuerzahlern verwendet werden. Die wahre Identität von IRS-Agenten kann durch FOIA entdeckt werden.

Wenn Sie ein Pfandrecht gegen jemanden erheben, muss das IRS zunächst die Partei bewerten, bevor das Pfandrecht gestellt werden kann. Stattdessen wird ein Pfandrecht geltend gemacht. Es stellt sich die Frage, ob es tatsächlich ein Pfandrecht gibt, wenn ein Pfandrecht gestellt wird. Es gibt ein Aufzeichnungssystem für die Entdeckung gültiger Grundpfandrechte. Gemäß Abschnitt 26.009 – Offene und geschlossene Pfandbriefe umfassen die erfassten Kategorien Steuerzahler mit Bundessteuerpfandrechten. Es gibt keine Einschränkungen für dieses Aufzeichnungssystem. Bundespfandrechte sind in diesem Dateisystem enthalten. Um zu beweisen, dass es kein Pfandrecht aufgrund einer Pfandbriefmitteilung gibt, muss bei einer Suche in diesem System ein tatsächliches Pfandrecht angezeigt werden. Eine Antwort von diesem Aufzeichnungssystem, die kein Pfandrecht anzeigt, kann an das Bezirksschreiberamt weitergeleitet werden, um die „Pfandbriefmitteilung“ zu entfernen.

Titel 26, Untertitel F, Kapitel 61, Kap. 6103 Vertraulichkeit und Offenlegung von Rückgaben und Rückgabeinformationen – Sofern kein Urteil gegen eine Partei ergangen ist, stellt die Veröffentlichung einer Pfandmitteilung mit den vertraulichen Informationen der Partei einen Verstoß gegen das Gesetz dar. Wenn ein Urteil vorliegt, liegt ein tatsächliches Pfandrecht vor. Alle Informationen in der Pfandrechtsmitteilung werden in die öffentliche Aufzeichnung aufgenommen. Wenn jedoch kein Pfandrecht vorhanden ist und persönliche Informationen in die öffentliche Aufzeichnung aufgenommen werden, haftet die Partei, die für die Platzierung des Pfandrechts

verantwortlich ist, für eine Gefängnisstrafe bis zu ein Jahr nach dem Datenschutzgesetz und Geldstrafen in Höhe von 5000 US-Dollar. Verstöße können auch unter 26 USC-Abschnitten 7213 und 7431 auftreten.

Es gibt Möglichkeiten, die IRS über die Durchführung ihrer Handlungen gestehen zu lassen. Eine Methode besteht darin, einen Antrag auf Zulassung zu stellen. Eine relevante Frage ist: An welchem bestimmten Datum bin ich nach Ihren Unterlagen Steuerzahler geworden? Es wird festgestellt, ob eine Partei jemals Steuerzahler war. Es muss ein Datum geben, an dem die Partei Steuerzahler wurde. Das IRS führt keine Aufzeichnungen über das spezifische Datum, an dem eine Partei Steuerzahler wird. Der IRS kann dies nicht beweisen, da der IRS das Datum oder den Ursprung, an dem eine Partei Steuerzahler wurde, nicht beibehält.

Wenn ein Arbeitgeber Geld von einer Partei sammelt, ist dies freiwillig. Das IRS kann einen Arbeitgeber nicht zwingen, Steuern zu erheben, da dies eine unfreiwillige Knechtschaft darstellen würde, die gegen die 13. Änderung verstößt. Niemand kann gezwungen werden, ohne Entschädigung zu arbeiten. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann eine Partei nicht zwingen, ein Dokument unter Strafe des Meineids zu unterzeichnen, da sie nicht befugt ist, dies zu tun. Wenn eine Partei zur Unterzeichnung gezwungen ist, können diese Informationen nicht gegen die Partei verwendet werden. Die Regierung veranlasst jede Partei, freiwillig Dokumente unter Strafe des Meineids zu unterzeichnen.

Als Treuhänder oder Stifter des Trusts für soziale Sicherheit gilt die Regierung der Vereinigten Staaten als „wesentlicher Eigentümer“ und kann über den gesamten Erlös des Trusts für eine nicht angemessene und vollständige Gegenleistung verfügen.

> TITEL 26 – INTERNER EINNAHMENCODE
>
> Untertitel A – Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
>
> KAPITEL 1 – NORMALE STEUERN UND ÜBERWACHUNGEN
>
> Unterkapitel J – Nachlässe, Trusts, Begünstigte und Verstorbene
>
> TEIL I – IMMOBILIEN, VERTRAUEN UND BEGÜNSTIGTE
>
> Unterabschnitt E – Stipendiaten und andere als wesentliche Eigentümer behandelte Personen
>
> Sec. 675. Verwaltungsbefugnisse
>
> -SATZUNG-
>
> Der Stifter wird als Eigentümer eines Teils eines Trusts behandelt, für den –

> (1) Befugnis zum Umgang mit weniger als angemessener und vollständiger Gegenleistung
>
> Eine Befugnis, die vom Stifter oder einer nicht nachteiligen Partei oder von beiden ohne Zustimmung oder Zustimmung einer Gegenpartei ausgeübt werden kann, ermöglicht es dem Stifter oder einer Person, den Korpus oder die daraus resultierenden Einnahmen für weniger als zu kaufen, auszutauschen oder anderweitig zu behandeln oder zu veräußern eine angemessene Gegenleistung in Geld oder Geldwert.

Der Federal Old-Age and Survivors Insurance Trust Fund ist ein freiwilliger Trust, der von Franklin Roosevelts Botschaft an den Kongress am 8. Juni 1934 initiiert wurde, durch Executive Order erstellt und mit H. R. 4120 abgeschlossen wurde – Anhörungen, die am 21. Januar 1935 beginnen.

> … „Freiwillige“ Trusts sind solche, die zugunsten eines Freiwilligen gemacht werden, dh einer Person, die nichts im Austausch für das Trust gibt, sondern es als reines Geschenk erhält …

Das Sozialversicherungsprogramm ist ein privater Vertrag, bei dem die Regierung als bevorzugte Partei angesehen wird, weil sie sich „freiwillig“ als Treuhänder gemeldet hat und nichts im Austausch für das Vertrauen gegeben hat, weil es als Geschenk erhalten wurde. Die Sozialversicherungsverwaltung ist eine eigenständige Einrichtung innerhalb der Exekutive der Bundesregierung. Das ursprüngliche Gesetz über wirtschaftliche Sicherheit von 1935 unter Franklin Roosevelt wurde auf Anordnung der Exekutive eingeleitet, um angeblich die Notwendigkeit des Banknotstands von 1933 abzudecken. Spätere Kongressakte legitimierten diese Ausführungsverordnungen und machten sie gesetzlich durchsetzbar. Eine Exekutivverordnung kann nur durchgesetzt werden, wenn es Gesetze gibt, die sie unterstützen. Necessitas inducit privilegium quoad jura privata.

Der „Staat“ als Agentur der Bundesregierung beteiligt sich mit der Erteilung der Sozialversicherungsnummern am System der Bundesbesteuerung. Staat umfasst die folgenden –

> (vii) Für die Zwecke dieses Unterabsatzes umfasst der Begriff „Staat“ den District of Columbia, das Commonwealth von Puerto Rico, die Jungferninseln, Guam, das Commonwealth der nördlichen Marianen und das Trust Territory der pazifischen Inseln.

Sozialversicherungsnummern werden nur an Parteien vergeben, die in den oben genannten Bundesgebieten ansässig sind oder ihren Wohnsitz haben.

Die Kontonummer der sozialen Sicherheit, von der ursprünglich behauptet wurde, dass sie NICHT zu Identifikationszwecken verwendet wird (siehe Beispiel unten), ist die Steueridentifikationsnummer (TIN) eines Steuerpflichtigen. Das steuerliche Nummerierungssystem wurde durch die Executive Order 9397 – Nummerierungssystem für Bundeskonten in Bezug auf einzelne Personen – erreicht, bei der „Kontonummern gemäß Titel 26, Abschnitt 402.502 der Ergänzung des Code of Federal Regulations von 1940“ zugewiesen wurden. Unten steht: „Für soziale Sicherheit und Steuerzwecke.“ Als Bundesangestellter erhält jede „natürliche Person“ über das Sozialversicherungssystem eine individuelle Treuhandkontonummer. Überweisungen über das Treuhandkonto werden steuerpflichtig. Unternehmensleistungen werden über dieses Konto jeder „natürlichen Person“ zugewiesen.

SS form OA-702, Rev. 9-61, circa 1964

Form SSA-3000 (12-2002) – front

Form SSA-3000 (12-2002) – rear

Die rote Nummer auf der Rückseite der Sozialversicherungskarte ist die Anleihennummer des Kontoinhabers. Wie der zuvor gezeigte Florida-Führerschein besagt die Karte, dass er der Sozialversicherungsbehörde gehört.

In Übereinstimmung mit der Abteilung des Treasury Bureau of Public Debt Form 5382 für den Kauf von Treasury Bonds, Bills und Notes…

Der Name, der zuerst auf dem Formular erscheint, ist der des „Strohmanns“ oder aller in Großbuchstaben gedruckten Namen der Person, wobei der Lebewesen nur die Unterschrift liefert. Der obige Absatz zeigt, dass das amerikanische Volk in Bezug auf das Unternehmen, das als „Staatsbürger der Vereinigten Staaten“ angesehen wird, „ausländisch“ ist.

Der einseitige Vertrag der sozialen Sicherheit ist ein „Ausführungsvertrag“, wenn er nicht verwendet wird, und wird bei seiner Verwendung zu einem „ausgeführten“ Vertrag. Die US-Regierung [Erfinder des Social Security Act als Treuhänder] und der Finanzminister [Inhaber des Rechtsanspruchs auf die Konten „natürlicher Personen“ als Treuhänder] haben die Sozialversicherung als Drittbegünstigtenvertrag im Austausch für die „natürliche Person“, um Steuerzahler zu werden.

Die folgenden Informationen stammen aus dem Antragsformular für SS-5 – Soziale Sicherheit (Ausgabe 02-1998), in dem angegeben ist, dass es „KOSTENLOS“ ist. Das SS-5 – Antragsformular für soziale Sicherheit (Ausgabe 05-2006) enthält dasselbe. Da zur Unterstützung des Vertrags keine Gegenleistung erforderlich ist, wird ein „Drittbegünstigtenvertrag“ (A) (B) erstellt.

Der Antrag besagt auch, dass Sozialversicherungsnummern für steuerliche Zwecke verwendet werden.

> Die Sozialversicherungsnummer wird auch vom Internal Revenue Service für Steuerverwaltungszwecke als Kennung für die Verarbeitung von Steuererklärungen von Personen verwendet, deren Einkommen dem Internal Revenue Service gemeldet wird, sowie von Personen, die als abhängig von der Bundeseinkommensteuer einer anderen Person geltend gemacht werden Rückkehr.

Eine „natürliche Person“ kann kein Steuerpflichtiger ohne Steuerkontonummer sein. Die Geburtsurkunde kann erforderlich sein, um eine Sozialversicherungsnummer zu erhalten, es können jedoch auch andere Unterlagen verwendet werden. Das SS-5 – Antragsformular für soziale Sicherheit lautet erneut:

> ALTER: Wir bevorzugen es, Ihre Geburtsurkunde zu sehen. Wir können jedoch auch andere Dokumente akzeptieren, z. B. eine Krankenakte über Ihre Geburt, die vor Ihrem 5. Lebensjahr erstellt wurde, oder eine religiöse Aufzeichnung, die vor Ihrem dritten Lebensmonat erstellt wurde. Wenn Sie außerhalb der USA geboren wurden, können wir Ihren Reisepass akzeptieren. Rufen Sie uns an, wenn Sie keines dieser Dokumente erhalten können.

Soziale Sicherheit ist „Sozialversicherung“. Wenn sich eine Person für die soziale Sicherheit (A) (B) (C) (D) anmeldet, wird in Abschnitt 3 des Gesetzes über soziale Sicherheit angegeben, dass diese Partei als Mitglied der sozialen Sicherheit (die völlig freiwillig ist) als bezeichnet wird ein Steuerzahler. Das Lebewesen meldet sich daher freiwillig als Steuerzahler. Jeder Lebewesen, der diese Art von Versicherungsanspruch akzeptiert, würde sich selbst zu einer Gemeinde der Regierung machen.

Die Versicherung fällt in die Zuständigkeit der Admiralität und des Seeverkehrs der Bundesregierung, wie im alten Fall De Lovio v. Boit, 7 Federal Cases, 418, Nr. 3,776, C.C.D.Mass., 2 Gall. 398 (1815). Da Versicherungen eine maritime Angelegenheit sind und Versicherungsansprüche als Seeverträge betrachtet werden, sind die Gerichte des Eigenkapitals gleichzeitig mit den Admiralitätsgerichten für die Fragen zuständig. Der Fall De Lovio v. Boit wurde nie aufgehoben, da es unmöglich ist, diese Rechtssache zu ändern. Alle Versicherungen unterliegen der völkerrechtlichen Zuständigkeit der Admiralität und des Seeverkehrs, und eine Versicherungspolice gilt als Anscheinsbeweis dafür, dass der einzelne Versicherungsnehmer ein „Staatsbürger der Vereinigten Staaten“ ist. Der Vorteil, die finanzielle Haftung oder Verpflichtung

einer Person durch „Versicherung“ an eine andere Person weiterzugeben, wird von der Regierung als Privileg angesehen.

Durch die „Registrierung“ für die soziale Sicherheit wird das Lebewesen vom Antragsteller freiwillig in das Sozialversicherungsprogramm aufgenommen, wodurch seine Rechte auf die Verwaltung der sozialen Sicherheit übertragen werden. Das Präfix „re“ bedeutet, etwas erneut zu tun, während sich der Begriff „Kern“ auf den Punkt der Rechtssache bezieht, der durch die Unterschrift des Antragstellers an die Behörde der SSA übertragen wird.

Die Bundesregierung behält alle Eigentumsrechte an der Sozialversicherungsnummer. Einige der wahren Bezirke der Regierung der Vereinigten Staaten sind die Bürger des Commonwealth von Puerto Rico, der Jungferninseln, Guams oder Amerikanisch-Samoas, wie aus den Definitionen der Beschäftigung für soziale Sicherheit unter 20 CFR 404 hervorgeht.

Da der Status „Steuerzahler“ bereits festgelegt wurde, muss die „natürliche Person“ einen Führerschein, eine Wohnsitzerklärung oder eine Wählerregistrierung erhalten, wodurch die „natürliche Person“ zu einem „Einwohner“ wird. Der ursprüngliche lateinische Begriff „res“ bezog sich auf das Ding oder das leblose Objekt. Klagen vor Gericht sind entweder „persönlich“ (gegen die Person) oder „dinglich“ (gegen die Sache).

Es ist eine Kenntnis und ein Verständnis darüber erforderlich, was Beitrag nach F.I.C.A., dem Bundesversicherungsbeitragsgesetz (siehe Tribut), bedeutet, das alle Steuerzahler nach dem Vertragsrecht für die Staatsverschuldung verpflichtet. Das Sozialversicherungssystem ist vertraglich ein vertraglicher Zusammenhang zwischen dem Steuerzahler und der Krone von England.

Die soziale Sicherheit ist eine von der Regierung angebotene Entschädigung (A) (B), die eine Entschädigung für sich selbst schafft. Das folgende Beispiel zeigt, wie die Entschädigung funktioniert:

> “ Entschädigung. Sie erklären sich damit einverstanden, Net2Phone, seine leitenden Angestellten, Direktoren, Mitarbeiter, Vertreter, Aktionäre, Lizenzgeber, Lieferanten und Drittanbieter von jeglichen Schäden, Verlusten, Kosten einschließlich Anwaltsgebühren und Kosten freizustellen, die sich aus Verstößen von ergeben Sie von dieser Vereinbarung oder von Dritten aufgrund oder aufgrund Ihrer Nutzung oder Ihres Verhaltens in Bezug auf die Software oder Dienste behauptet.
>
> NET2PHONE END USER LICENSE AGREEMENT (für Internet-Telefondienste)

Wenn ein Mann oder eine Frau, die Geschäfte über eine „natürliche Person“ tätigt, die gesetzlichen Bestimmungen des Insolvenzverfahrens nach Kapitel 11 als Bürgschaft nicht einhält oder nicht einhalten kann und das einheitliche Handelsgesetzbuch für das Inkasso von Bundesschulden verwendet wird, hat er bereits zugestimmt die Vereinigten Staaten durch den Versicherungsvertrag

der sozialen Sicherheit schadlos zu halten. Die Sozialversicherung soll die Bundesregierung entschädigen. Wenn ein Lebewesen nicht nach den Spielregeln spielt, wird der Staat oder die Bundesregierung die Dinge abrufen, die sie als „Gesellschaft“ betrachten, die diesem Individuum verliehen wurden. In einem Eigenkapitalverfahren wird die „natürliche Person“ in dieselbe Position gebracht, die sie zu Beginn des Vertrags innehatte und die nach der Doktrin von res nullius nichts besitzt.

Staatsbürgerschaft, Nationalität, Wohnsitz und Wohnsitz

Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetz – [8 U.S.C. 1101] Sec. 101. – Definitionen.

> “(a) Wie in diesem Gesetz verwendet –
>
> (3) Der Begriff „Ausländer“ bezeichnet jede Person, die nicht Staatsbürger oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist.
>
> (21) Der Ausdruck „national“ bezeichnet eine Person, die einem Staat dauerhaft verpflichtet ist.
>
> (22) Der Ausdruck „Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten“ bedeutet (A) einen Bürger der Vereinigten Staaten oder (B) eine Person, die, obwohl sie kein Bürger der Vereinigten Staaten ist, den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schuldet.
>
> (23) Der Begriff „Einbürgerung“ bezeichnet die Übertragung der Staatsangehörigkeit eines Staates auf eine Person nach der Geburt auf irgendeine Weise.
>
> (28) Der Begriff „Organisation“ bedeutet, ohne darauf beschränkt zu sein, eine Organisation, ein Unternehmen, eine Firma, eine Partnerschaft, eine Vereinigung, ein Trust, eine Stiftung oder einen Fonds; und umfasst eine Gruppe von Personen, unabhängig davon, ob sie dauerhaft oder vorübergehend mit einer gemeinsamen Aktion zu einem oder mehreren Themen verbunden sind oder nicht.
>
> (36) Der Begriff „Staat“ umfasst den District of Columbia, Puerto Rico, Guam und die Jungferninseln der Vereinigten Staaten.
>
> (38) Der Begriff „Vereinigte Staaten“ bezeichnet, sofern hierin nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, in geografischer Hinsicht die kontinentalen Vereinigten Staaten, Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam und die Jungferninseln der Vereinigten Staaten.
>
> (b) (3) Der Begriff „Person“ bezeichnet eine Einzelperson oder eine Organisation.

ERSETZUNG DER BEDINGUNGEN – 8 USC 1101

> A. Austausch der Begriffe aus den Punkten (a) 3, (a) 22 und (b) (3)…
>
> (a) (3) Der Begriff „Ausländer“ bezeichnet jede Person, die nicht Staatsbürger oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist.
>
> (a) (22) Der Ausdruck „Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten“ bedeutet (A) einen Bürger der Vereinigten Staaten oder (B) eine Person, die, obwohl sie kein Bürger der Vereinigten Staaten ist, den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schuldet .

B. Durch Neuordnung der Definition (a) (3)…

> (a) (3) Jede Person, die nicht Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist, bezeichnet den Begriff „Ausländer“.
>
> (b) (3) Der Begriff „Person“ bezeichnet eine Einzelperson oder eine Organisation.

C. Durch Ersetzen von (b) (3)…

> (a) (3) Jede (b) (3) Einzelperson oder Organisation, die nicht Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist, bezeichnet den Begriff „Ausländer“.
>
> (22) Der Ausdruck „Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten“ bedeutet (A) einen Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder (B) eine Person, die zwar kein Staatsbürger der Vereinigten Staaten ist [ein Ausländer (b) (3) eine Einzelperson oder eine Organisation, die den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schuldet.

D. Durch Ersetzen eines Teils von (b) (28)…

> (28) Der Begriff „Organisation“ bedeutet, ohne darauf beschränkt zu sein, eine … Gesellschaft, ein Trust oder einen Fonds …

> (22) Der Ausdruck „Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten“ bedeutet (A) einen Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder (B) eine Person, die zwar kein Staatsbürger der Vereinigten Staaten ist [ein Ausländer (b) (3) eine Einzelperson oder a (a) (28) Unternehmen, Trust oder Fonds, die] den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schulden.

E. Die Definition von Punkt 22 bedeutet daher…

> (22) Der Ausdruck „Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten“ bedeutet (A) einen Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder (B) einen (a) (3) Ausländer (b) (3) eine Person oder einen Ausländer (a) (28)) Unternehmen, Trust oder Fonds, der den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schuldet.

Der Ausdruck „Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten“ bedeutet (A) einen Bürger der Vereinigten Staaten oder (B) eine ausländische Person oder eine ausländische Gesellschaft, einen ausländischen Trust oder einen ausländischen Fonds, der den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schuldet.

Gegenargument

A. Auswechseln von Begriffen aus den Punkten (a) 3 und (b) (3)…

> (3) Der Begriff „Ausländer“ bezeichnet jede Person, die nicht Staatsbürger oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist.
>
> (b) (3) Der Begriff „Person“ bezeichnet eine Einzelperson oder eine Organisation.

B. ERSETZEN (a) (3) und (b) (3)…

> Der Begriff „Ausländer“ bezeichnet jede Person oder Organisation, die nicht Staatsbürger oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten ist.
>
> (21) Der Ausdruck „national“ bezeichnet eine Person, die einem Staat dauerhaft verpflichtet ist.

C. ERSATZ (a) (21)…

>

> Der Begriff „Ausländer“ bezeichnet jede Person oder Organisation, die kein Staatsbürger ist oder den Vereinigten Staaten dauerhaft verpflichtet ist.
>
> (36) Der Begriff „Staat“ umfasst den District of Columbia, Puerto Rico, Guam und die Jungferninseln der Vereinigten Staaten.

D. ERSATZ (a) (36)…

Der Begriff „Ausländer“ bezeichnet jede Person oder Organisation, die nicht Staatsbürger [der Vereinigten Staaten] ist oder [nicht] dem District of Columbia, Puerto Rico, Guam und den Jungferninseln der Vereinigten Staaten dauerhaft verpflichtet ist.

ERSETZUNG DER BEDINGUNGEN AUS EINWANDERUNG UND NATIONALITÄT

IN DIE 14. ÄNDERUNG

ARTIKEL XIV

Abschnitt 1. Alle in den Vereinigten Staaten geborenen oder eingebürgerten Personen, die ihrer Gerichtsbarkeit unterliegen, sind Staatsbürger der Vereinigten Staaten und des Staates, in dem sie wohnen. Kein Staat darf Gesetze erlassen oder durchsetzen, die die Vorrechte oder Immunitäten der Bürger der Vereinigten Staaten einschränken. Auch darf kein Staat einer Person das Leben, die Freiheit oder das Eigentum entziehen, ohne dass dies gesetzlich vorgeschrieben ist. noch verweigern Sie einer Person in ihrem Zuständigkeitsbereich den gleichen Schutz der Gesetze.

ARTIKEL XIV

Abschnitt 1. Alle (b) (3) Einzelpersonen oder (a) (28) Unternehmen, Trusts oder Fonds, die in den (38) kontinentalen Vereinigten Staaten [48 Staaten], Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam und USA gegründet wurden die Jungferninseln oder (a) (23), denen nach ihrer Geburt die Staatsangehörigkeit des (a) (36) Distrikts Kolumbien, Puerto Rico, Guam oder der Jungferninseln verliehen wurde, unterliegt in irgendeiner Weise der Gerichtsbarkeit der (38) Die kontinentalen Vereinigten Staaten [48 Staaten], Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam und die Jungferninseln sind (a) (22) (A) Staatsangehörige der Vereinigten Staaten und Bürger des (36) District of Columbia , Puerto Rico, Guam oder die Jungferninseln, auf denen sie leben. Die (38) kontinentalen Vereinigten Staaten [48 Staaten], Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam und die Jungferninseln dürfen kein Gesetz erlassen oder durchsetzen, das die Vorrechte oder Immunitäten von (a) 22) Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten einschränkt und Bürger des (36) District of Columbia, Puerto Rico, Guam oder der Jungferninseln; Auch dürfen keine (38) kontinentalen Vereinigten Staaten [48 Staaten], Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam und die Jungferninseln (b) (3) Einzelpersonen oder (a) (28) Unternehmen, Trusts oder Lebensfonds berauben , Freiheit oder Eigentum ohne ordnungsgemäßen Rechtsweg; Sie dürfen weder (b) (3) Einzelpersonen noch (a) (28) Unternehmen, Trusts oder Fonds in ihrem Zuständigkeitsbereich den gleichen Schutz der Gesetze verweigern.

Der gleicher Schutz der Gesetze.

ARTIKEL XIV

Abschnitt 1. Alle Personen, Unternehmen, Trusts oder Fonds, die in den kontinentalen 48 Staaten Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam und den Jungferninseln gegründet wurden oder auf irgendeine Weise die Staatsangehörigkeit von Puerto Rico, Guam oder den Jungferninseln erhalten haben Was auch immer nach der Gründung und vorbehaltlich der Gerichtsbarkeit der 48 kontinentalen Staaten Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam oder der Jungferninseln sind Staatsangehörige der Vereinigten Staaten und Bürger des Puerto Rico, in dem sie wohnen. Die kontinentalen 48 Staaten Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam und die Jungferninseln dürfen keine Gesetze erlassen oder durchsetzen, die die Vorrechte oder Immunitäten von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten einschränken. Keiner der 48 kontinentalen Staaten, Alaska, Hawaii, Puerto Rico, Guam oder die Jungferninseln, darf Personen, Unternehmen, Trusts oder Fonds des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne ein ordnungsgemäßes Rechtsverfahren berauben. Personen, Unternehmen, Trusts oder Fonds in ihrem Zuständigkeitsbereich den gleichen Schutz der Gesetze nicht verweigern.

Eine im District of Columbia geborene Person ist Staatsbürger der Vereinigten Staaten. Eine Person, die im nicht rechtsfähigen Gebiet von Guam oder im nicht rechtsfähigen Gebiet der Jungferninseln geboren wurde, ist Staatsbürger der Vereinigten Staaten. Eine in Puerto Rico geborene Person ist Staatsbürgerin der Vereinigten Staaten.

JEDOCH …

> 48 USC Sec. 733a 01/05/99
>
> TITEL 48 – GEBIETE UND INSULARBESITZ
>
> KAPITEL 4 – PUERTO RICO

> UNTERKAPITEL I – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN
>
> Sec. 733a. Bürger; Wohnsitz auf der Insel der Bürger der Vereinigten Staaten
>
> -SATZUNG-
>
> Alle Bürger der Vereinigten Staaten, die ihren Wohnsitz haben oder nach dem 4. März 1927 ein Jahr lang auf der Insel wohnen sollen, sind Staatsbürger von Puerto Rico.
>
> Ein in den USA geborener Staatsbürger, der sich für eine Auswanderung entschieden hat und in einem fremden Land eingebürgert wurde, gilt als Ausländer und kann die Einbürgerung nur dann wieder erwerben, wenn er sich

> an die Gesetze der Vereinigten Staaten hält, die die Zulassung von vorsehen Ausländer zur Staatsbürgerschaft.
>
> Studien zum Verfassungsrecht – Eine Abhandlung über die amerikanische Staatsbürgerschaft, John Wise, Kapitel 7, 1906.

Als Grundlage für die Bundesbesteuerung wird die Staatsangehörigkeit (Einwanderung und Staatsangehörigkeit), die Staatsbürgerschaft (14. Änderung), der Wohnsitz und der Wohnsitz (Titel 26 – Interne Einnahmen) festgelegt, eine „Person“, die nicht in Puerto Rico geboren wurde, aber ihren Wohnsitz in Puerto Rico hat und dann ein Bürger von Puerto Rico, ist immer noch ein Bürger der Vereinigten Staaten, wird aber jetzt ein Staatsangehöriger ohne Staatsangehörigkeit – ein gebietsfremder Ausländer, der den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schuldet.

Durch das System der Besteuerung und Übertragung des Wohnsitzes werden alle Amerikaner als „Personen“ „geboren“ und automatisch zu Staatsbürgern, dann zu Staatsbürgern der Vereinigten Staaten und dann zu Steuerzwecken kommerziell im Bundesgebiet von Puerto Rico ansässig. In den Augen des Gesetzes werden sie dann als gebietsfremde Ausländer bezeichnet. Sogar die „Spender“ von Geschenken sind entweder nach ihrem Geburtsort oder nach ihrem Wohnsitz steuerpflichtig. Derzeit werden die Vereinigten Staaten nur von „inländischen“ Unternehmen bewohnt, die von einer „nicht ansässigen ausländischen“ Belegschaft betrieben werden. Inländische Unternehmen wurden in Gerichtsentscheidungen als „Bürger der Vereinigten Staaten“ festgehalten.

Da die „Personen“ für alle Männer, Frauen und Kinder ihren kommerziellen Wohnsitz in einem „ausländischen“ Gebiet haben, das nicht in die Vereinigten Staaten „eingegliedert“ ist (A) (B), die „natürliche Person“ für jeden Mann und jede Frau in Amerika ist eigentlich ein „ausländischer Auftraggeber“, der registriert werden muss, weil er als „Einzelperson, Personengesellschaft, Vereinigung, Körperschaft, Organisation oder eine andere Kombination von Einzelpersonen“ tätig ist … … „seinen Hauptgeschäftssitz im Ausland hat“.

Daher kann nur gesagt werden, dass –

> “ Die „Bürger der Vereinigten Staaten“ betreiben das Land
>
> (Präambel Bürger der Regierung)
>
> zum Wohle der „Bürger der Vereinigten Staaten“
>
> (Unternehmen als „Bürger“, die gemäß der 14. Änderung gegründet wurden)
>
> zum Nachteil der „Bürger der Vereinigten Staaten“.

> („Personen“ als „Personen“, die gemäß der 14. Änderung „geboren“ wurden und als gebietsfremde Ausländer oder bankrotte Unternehmen behandelt werden)

> „Staatsbürgerschaft“ ist ein Regierungsgeschenk, das nur unter Einhaltung der vom Kongress vorgeschriebenen Bedingungen erhalten werden kann.
>
> Petition von Karas, 173 353, 17 N.Y. S. 2d 958 (1940)

Denken Sie daran, dass Geschenke nach dem Internal Revenue Code steuerpflichtig sind. Nach dieser Gerichtsentscheidung würde eine kommerzielle Tätigkeit als US-Bürger daher steuerpflichtige Konsequenzen haben.

Nichtstaatsangehörige

In Bezug auf die Frage der Staatsbürgerschaft findet sich ein ausgezeichneter Artikel über Nichtstaatsangehörige in der California Law Review, Band XIII, September 1934, Nummer 6, S. 22. 593-635. Es folgen Auszüge:

> Nun kann ein Gericht zugeben, dass ein Bürger ein verfassungsmäßiges Recht auf freie Migration hat, das weder ein Staat noch ein Kongress kürzen können, und gleichzeitig feststellen, dass ein Nichtstaatsangehöriger dies nicht tut. Die Handelsklausel verweigert den Staaten möglicherweise durch negative Implikation die Befugnis, die Einreise von Nichtstaatsangehörigen zu verbieten, aber keine bisher formulierte Entscheidung oder ein Grundsatz würde den Obersten Gerichtshof dazu zwingen, zu entscheiden, dass der Kongress dies nicht tun könnte. Wenn dies der Gedanke der Staatsmänner und Richter war, kann seine Wirksamkeit nicht geleugnet werden.
>
> Das Außenministerium, der Generalstaatsanwalt, der Kongress und der Oberste Gerichtshof haben angenommen, dass der Absatz seinen Zweck, dem abgetretenen Volk die Staatsangehörigkeit ohne Staatsbürgerschaft zu verleihen, wirksam erfüllt hat.
>
> * * * * * * * * * * * *
>
> „Wohnsitz“ unter den Punkten (2) und (3) bedeutet ständigen Wohnsitz oder Wohnsitz, so dass ein gebürtiger Puertoricaner, der vermutlich seinen Wohnsitz dort behalten hatte, aber von 1884 bis 1902 in Chile gelebt hatte, ungeachtet seines Gesetzes unter das Gesetz fiel Abwesenheit sowohl am 11. April 1899 als

auch am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes, dem 12. April 1900. Die Bestimmung für später geborene Kinder hat, wie wir sehen werden, eine große Bedeutung.

* * * * * * * * * * * *

Im Jahr 1927 erließ der Kongress den Beschluss, dass „alle Bürger der Vereinigten Staaten, die ihren Wohnsitz haben oder später [nach dem 4. März 1927] auf der Insel wohnen sollen, Bürger von Porto Rico sein sollen“. Offensichtlich ist es die Absicht des Kongresses, den Bürgern der Vereinigten Staaten, wo immer sie geboren werden oder welchen Titel sie auch haben, das Maximum an lokalen Privilegien in Puerto Rico zu gewähren, es sei denn, sie sind nur vorübergehend dort.

* * * * * * * * * * * *

Während unser Gesetz in Bezug auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft immer dem Grundsatz des Jus Soli folgte, folgte es in Bezug auf die Staatsangehörigkeit von Nichtstaatsangehörigen dem Grundsatz des Jus Sanguinis.

* * * * * * * * * * * *

Die Common-Law-Regel der Staatsbürgerschaft jure soli – vom Recht des Bodens – galt ausnahmsweise nicht für Neger, und das Prinzip der jus sanguinis galt, um den Kindern von Nichtstaatsangehörigen den gleichen Status zu verleihen, obwohl sie geboren wurden in den Vereinigten Staaten.

* * * * * * * * * * * *

Es ist interessant festzustellen, dass der Status der auf diesen Inseln geborenen Kinder, da die Abtretung, deren Väter Bürger der Vereinigten Staaten waren, auf einer erzwungenen Auslegung des Gesetzes beruht, wenn die vierzehnte Änderung nicht in Puerto Rico oder auf den Philippinen wirksam ist von 1855. Es gibt keine andere Bestimmung des amerikanischen Rechts, die dem Kind eines Bürgers die Staatsbürgerschaft allein aufgrund einer solchen Abstammung verleiht. Dieses Gesetz verleiht sowohl in seiner ursprünglichen als auch in seiner überarbeiteten Sprache die Staatsbürgerschaft nur jenen Kindern, die „aus den Grenzen und der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten geboren“ sind, einem Staatsbürgervater.

* * * * * * * * * * * *

Es ist richtig, dass Richter Hamilton vom sogenannten Bundesgericht für Puerto Rico entschieden hat, dass die Staatsbürgerschaftsbestimmung der vierzehnten Änderung in Puerto Rico nicht wirksam ist. Er argumentierte, dass die „Insular

> Cases entschieden haben, dass die Verfassung nicht der Flagge folgt“ und dass kein Teil der Verfassung in annektiertem Gebiet wirksam ist, bis der Kongress sie dort „erweitert“, mit Ausnahme bestimmter „inhärenter natürlicher Menschenrechte“, von denen die Staatsbürgerschaft erworben wurde von Geburt an auf dem Boden war keiner.
>
> * * * * * * * * * * * *
>
> Wenn der Oberste Gerichtshof feststellt, dass die Staatsbürgerschaftsbestimmung der vierzehnten Änderung in Guam, Puerto Rico, Amerikanisch-Samoa oder in der Kanalzone nicht wirksam ist, sind die dort unter amerikanischer Souveränität für ausländische Eltern geborenen Kinder Ausländer, sofern der Kongress dies nicht gesetzlich vorschreibt Staatsangehörige oder Nichtstaatsangehörige.
>
> * * * * * * * * * * * *
>
> Wenn man die geringfügige Unterscheidung zwischen dem Status eines Staatsbürgers und dem eines Nichtstaatsangehörigen betrachtet, solange die betreffende Person außerhalb der Staaten wohnt, ein Thema für einen anderen Aufsatz, gibt es wenig Grund, den Status eines Nichtstaatsangehörigen aufrechtzuerhalten .

Wenn das amerikanische Volk in Bezug auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft immer dem Grundsatz des Jus Soli gefolgt ist, dann gibt es sein Geburtsrecht auf, gemäß der 14. Änderung gemäß dem Argument in dieser California Law Review von 1934 Nichtstaatsangehörige zu werden.

Die Common-Law-Regel der Staatsbürgerschaft jure soli – vom Recht des Bodens – galt ausnahmsweise nicht für Neger, und das Prinzip der jus sanguinis galt, um den Kindern von Nichtstaatsangehörigen den gleichen Status zu verleihen, obwohl sie geboren wurden in den Vereinigten Staaten.

Eine Überprüfung, wer als Staatsbürger der Vereinigten Staaten gilt, ist erforderlich –

> “ Punkt 1. Der ursprüngliche Begriff – „Bürger der Vereinigten Staaten“ – bezog sich in der Präambel der Verfassung der Vereinigten Staaten auf das „Volk der Vereinigten Staaten“. Diese Männer und Frauen (Menschen) wurden anhand ihrer „Nachwelt“ unterschieden. Die Nachwelt kann nur der Blutlinie und Abstammung folgen. Der Begriff „Bürger der Vereinigten Staaten“ wird in einem singulären Sinne verwendet, das Wort „Bürger“ wird groß geschrieben und an drei Stellen verwendet:
>
> Kunst. 1 Sek. 2, Cl. 2,

Kunst. 1 Sek. 3, Cl. 3 und

Kunst. 2 Sek. 1, Cl. 5,

Punkt 2. Der „neuere“ Begriff „Bürger der Vereinigten Staaten“ wird an fünf Stellen verwendet:

Änderungsantrag 14 Abs. 1 & 2,

Änderungsantrag 15 Abs. 1,

Änderungsantrag 19,

Änderungsantrag 24 Abs. 1 und

Änderungsantrag 26 Abs. 1.

Diese fünf Änderungen wurden nach der bedingungslosen Übergabe von Lee an Grant im Appamattox Court House, Virginia, im April 1865 verabschiedet. Die 13. Änderung wurde im Dezember desselben Jahres ratifiziert. Das Wort „Bürger“ wird in Kleinbuchstaben geschrieben, und der Begriff wird immer im Plural verwendet. Dieser Begriff entstand zuerst in Bezug auf die 14. Änderung und gab dem Neger diesen Status aufgrund von Jus Sanguinis, Staatsbürgerschaft nach Blutlinie, nicht nach Jus Soli oder Staatsbürgerschaft nach Bodenrecht.

Punkt 3. Nach dem Jones Act (für Puerto Rico) vom 2. März 1917 sind alle „Bürger von Porto Rico“ im Sinne des Act von 1900 [Act vom 12. April 1900, 31 Stat. 77, 79, 48 U.S.C. Section 733 (1926)] wurden zu „Bürgern der Vereinigten Staaten“ erklärt. Die vierzehnte Änderung der Verfassung der Vereinigten Staaten wird jedoch in Puerto Rico (A) (B) für unwirksam erklärt. Dies wäre rational, da Puerto Rico gemäß den Rechtssachen Balzac gegen Porto Rico und Downes gegen Bidwell vom Obersten Gerichtshof der USA festgestellt hat, dass Porto Rico niemals in die Vereinigten Staaten „eingegliedert“ wurde. Porto Rico war und ist kein „Staat“ im Rahmen der US-Verfassung.

Wenn ein „Bürger der Vereinigten Staaten“ in Punkt 1 nicht einem „Bürger der Vereinigten Staaten“ in Punkt 2 entspricht (andernfalls wäre die 14. Änderung nicht erforderlich gewesen), folgt logischerweise, dass ein „Bürger der Vereinigten Staaten“ Die Vereinigten Staaten „in Punkt 3 müssen entweder Punkt 1 oder Punkt 2 entsprechen. Da die in Puerto Rico geborenen“ Bürger der Vereinigten Staaten „nicht als“ Nachwelt „in die Präambel der Verfassung fallen, könnte Punkt 3 dies tun nur identisch mit Punkt 2 sein.

Die 14. Änderung gilt für Nichtstaatsangehörige, die die „Staatsbürgerschaft“ von jus sanguinis – nach Blutlinie – besitzen. Die Registrierung einer Geburtsurkunde macht eine Person zu einem Bürger der 14. Änderung, der ein „Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten“ und ein Bürger des „Staates“ ist, in dem er wohnt. Durch die Bestimmung des „Wohnsitzstaates“ in Puerto Rico wird ein Geschäftssitz für einen Bürger der 14. Änderung eingerichtet. 14. Änderung Die Staatsbürgerschaft bezieht sich auf gebietsfremde natürliche Personen / Personen (die den ursprünglichen republikanischen Staaten fremd sind), die den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Treue schulden, während sie durch die Verwendung von Noten der Federal Reserve als funktionale Währung ihren Wohnsitz in einem ausländischen Bundesgebiet haben sie nicht ansässig. Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetze definieren, dass ein Nichtstaatsangehöriger ein ALIEN ist, der den Vereinigten Staaten eine dauerhafte Loyalität schuldet.

Die Registrierung eines Mannes oder einer Frau als natürliche Person durch eine Geburtsurkunde oder eine Sozialversicherung macht die natürliche Person zu einem nicht inländischen, nicht ansässigen Ausländer, der der in britischem Besitz befindlichen Gesellschaft, die als USA bekannt ist, eine dauerhafte kommerzielle Loyalität schuldet.

Ein gebietsfremder oder gebietsfremder Ausländer kann keine Klage wegen einer tatsächlichen zivilrechtlichen Klage erheben.

> … Denn es könnte jedoch im Allgemeinen wahr sein, dass ein Außerirdischer keine echte Handlung aufrechterhalten kann,…
>
> Die Gesellschaft zur Verbreitung des Evangeliums in fremden Teilen gegen die Stadt New Haven und William Wheeler, 21 US (8 Wheat.) 464, 469; 5 L. Ed. 662, 663 (1823).

> … Es scheint tatsächlich festgestellt worden zu sein, dass ein Außerirdischer keine wirkliche Aktion zur Wiederherstellung von Land aufrechterhalten kann.
>
> Fairfax’s Devisee gegen Hunter’s Lessee, 11 US (7 Cranch.) 603, 620; 3 L. Ed. 453, 458 (1813).

> Das Gewohnheitsrecht für Ausländer, sofern es nicht durch ihre Gesetzgebung geändert wurde, ist das örtliche Recht von Virginia. 2 Tucker’s Bl., App. Anmerkung c. Nach diesem Gesetz „sind Außerirdische nicht in der Lage, durch

> Abstammung oder Erbschaft zu nehmen, da sie kein vererbbares Blut in sich haben dürfen.“ 2 Bl. Com. 249. Aber sie können durch Gewährung oder Entwicklung nehmen, wenn auch nicht durch Abstammung. Mit anderen Worten, sie können durch die Handlung einer Partei, aber nicht durch Gesetz handeln; und sie können einem anderen übermitteln oder entwerfen, aber ein solcher Titel kann immer nach Belieben des Souveräns durch ein gefundenes Amt übertragen werden. In solchen Fällen kann der Souverän den Titel nicht an einen Stipendiaten weitergeben, bis er durch ein gefundenes Amt oder ein gleichwertiges Amt berechtigt ist. In dieser Hinsicht gibt es keinen Unterschied zwischen einem außerirdischen Freund und einem außerirdischen Feind. Fairfax v. Hunter, 7 Cranch. 603.
>
> Hauenstein v. Lynham, 100 US (10 Otto.) 483, 10 S. Ct. 628, 628 (1880).

Diese „echte Handlung“ nach dem Zivilrecht betrifft ein „Recht in einer Sache“. Der rechtliche Titel des Handelsnamens eines Mannes oder einer Frau begründet ein Recht an einer Sache als Eigentum.

> “ Ein außerirdischer Feind ist einer, der einem nachteiligen Kriegführenden die Treue schuldet. Er hat keine politischen Rechte. Er kann im Land mit sich selbst im Krieg bleiben und hat, wenn er nicht wegen tatsächlicher Feindseligkeit oder Verbrechen angeklagt ist, eine implizite Lizenz, bis zur Bestellung außerhalb des Landes zu bleiben, und darf beim Verlassen des Landes seine Waren und Gegenstände entfernen. und ist in seinen anderen Rechten geschützt. Während der Kriegsdauer sind seine Rechte außer Kraft gesetzt. Einem außerirdischen Feind ist es nicht gestattet, Klagen vor Gericht zu verfolgen, und eine solche Klage wird bis zur Einstellung der Feindseligkeiten ausgesetzt, und das Klagerecht wird ausgesetzt. Aber während er möglicherweise nicht klagt, kann er verklagt werden, und sein Eigentum unterliegt einem Gerichtsverfahren, und in diesem Fall kann er sich persönlich oder durch einen Anwalt verteidigen.
>
> Jeder Verkehr zwischen Bürgern zweier feindlicher Nationen, mit Ausnahme derjenigen, die von den kriegführenden Behörden gestattet werden, ist verboten, solange der Krieg zwischen ihren jeweiligen Ländern offenkundig ist. Dies schließt jede Handlung oder jeden Vertrag ein, die dazu neigen, die Ressourcen des Feindes zu erhöhen, oder jede Art von Handel oder Handel oder Verkehr. Die Tendenz des Völkerrechts der Neuzeit besteht jedoch darin, Einzelpersonen und Privatverträge von Verletzungen oder Zurückhaltung infolge des Krieges zwischen den Regierungen der Vertragsparteien zu befreien. Ein Ausbruch von Feindseligkeiten hat zur Folge, dass während der Kriegsdauer für allgemeine Zwecke Behörden im Land des Feindes entzogen werden. Es kann jedoch eine Agentur zur Erhaltung oder Sammlung von Eigentum geschaffen

> werden, und der Krieg widerruft nicht unbedingt eine spezielle Agentur, die vor Beginn eingerichtet wurde.
>
> Studien zum Verfassungsrecht – Eine Abhandlung über die amerikanische Staatsbürgerschaft, von John Wise, Kapitel 7, 1906.

Freiwillige Knechtschaft

Die kombinierten freiwilligen Handlungen der Registrierung der Geburtsurkunde und der Registrierung im Sozialversicherungsprogramm tragen zur „Verhandlungsfähigkeit“ des Kontos bei. Das eingetragene Recht an Vermögenswerten auf dem Konto wird zu „handelbaren Instrumenten“. Federal Reserve Notes gelten bereits als handelbare Instrumente. Die Geburtsurkunde erstellt den Rechtstitel für das Treuhandkonto, ein notwendiges Element, das den Treuhändern den Korpus des Vertrauens übermittelt.

> “ Verhandlungsfähigkeit… verzichtet auf die Vorteile eines Gesetzes, das zum Nutzen des Schuldners bestimmt ist; gibt dem Inhaber die Wahl, etwas zu verlangen, anstatt Geld zu zahlen.
>
> Bouvier’s Law Dictionary, Negotiable Instruments, S. 2328-2330, 1914.

Als Schuldner oder Schuldner wurde auf die Leistung eines Gesetzes zum Nutzen einer „Person“ verzichtet, da die Vermögenswerte auf ihrem Konto verhandelbar sind. Der Inhaber [Regierung] trifft die Wahl [Wahl], um zu verlangen, dass anstelle der Zahlung von Geld etwas getan wird [eine Bürgschaft (A) (B) (C) für die Insolvenzreorganisation nach Kapitel 11 sein, indem er ein Bundesangestellter ist und die Leistungen der sozialen Sicherheit.

Der Federal Old-Age and Survivors Insurance Trust Fund ist der Holding Trust für alle Steuern auf interne Einnahmen, die gemäß bestimmten Teilen des I.R.C.-Codes erhoben werden. Internal Revenue Taxs liefern die Mittel für das Gemeinwohl durch die Verwendung staatlicher Verpflichtungen. Da die „Personen“ aller Amerikaner über das Bankensystem im öffentlichen Wohl sind, stellt die „Person“ jedes jüngeren Mannes oder jeder jüngeren Frau ihren jeweiligen Anteil für das Wohl und die Leistungen jeder älteren „Person“ zur Verfügung und wird gleichzeitig besteuert es ist ein angemessener Anteil an den staatlichen Verpflichtungen, die das öffentliche Wohlfahrtssystem unterstützen.

Wenn die Investition eines Treuhandfonds einer „Person“ in staatliche Verpflichtungen erfolgt, entsteht ein fortwährender Schuldenzyklus. Die Menschen in Amerika werden als Bürgschaften für einen Staatsbankrott gehalten, der wiederum Verpflichtungen ausstellt, die für die Menschen in Amerika eine Verschuldung verursachen, und nach einer erzwungenen Erhebung der Einkommensteuer als Bundesangestellter zahlen die „Personen“ in den Treuhandfonds ein Dies ermöglicht es der Regierung erneut, mehr Verpflichtungen zu emittieren, wodurch mehr Schulden usw. usw. usw. entstehen. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten niedrige Zinssätze für ihre

Verpflichtungen erhält, aber Geld zu hohen Zinssätzen von der Federal Reserve leiht Bank schafft dadurch mehr Schulden, dies wird ewige Schulden für die Bürgschaften schaffen.

Viele Einwanderer haben es in den letzten 400 Jahren als indentierte Diener an die Küste Amerikas geschafft. Was die Amerikaner jetzt haben, ist „VOLUNTARY INDENTURED SERVITUDE“.

Wie die Definition der Knechtschaft besagt –

> Wenn es [die Unterwerfung einer Person über eine andere] im Eigentumsrecht besteht, das eine Person über eine andere ausübt, ist es Sklaverei.
>
> „Jeder bestimmte Herrschaftsakt, der fälschlicherweise über das Eigentum eines anderen behauptet wird, der sein Recht verweigert oder mit diesem unvereinbar ist, ist eine Bekehrung.“

> Ruskin v. Tharpe, 88 Ga 782; Tharpe v. Anderson, 31 Ga. 294. Zitiert im Fall von Liptrot, Adm’r v. Holmes, Georgia Reports, Buch Nr. 1, Fall Nr. 60, p. 382, 1846.

Die Sklaverei wird seit Jahrhunderten benutzt und wurde sogar von der katholischen Kirche benutzt. Die Haager Verträge, die im Rahmen des Völkerbundes geschlossen und mit Zustimmung und Zustimmung der Vereinigten Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden (da sie 1926 keine ursprüngliche Unterzeichnungspartei waren), erlauben die öffentliche Sklaverei. Da Sklaverei in diesem Land „außer als Strafe für ein Verbrechen“ gemäß der 14. Änderung nicht erlaubt ist, ist es für die Regierung der Vereinigten Staaten völlig logisch, Sklaverei im Bundesgefängnissystem anzuwenden.

> Sklaverei-Übereinkommen (25. September 1926) und Protokoll (7. Dezember 1953)
>
> Artikel 1 – 12, Artikel I-V, Anhang
>
> Artikel 5.
>
> Die Hohen Vertragsparteien erkennen an, dass der Rückgriff auf Zwangs- oder Zwangsarbeit schwerwiegende Folgen haben kann, und verpflichten sich, in Bezug auf die ihrer Souveränität, Gerichtsbarkeit, Schutz, Oberhoheit oder Aufsicht unterstellten Gebiete alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Zwangs- oder Zwangsarbeit zu verhindern Entwicklung zu Bedingungen analog

zur Sklaverei.

Es wird vereinbart, dass:

(1) Vorbehaltlich der in Absatz 2 genannten Übergangsbestimmungen dürfen Zwangs- oder Zwangsarbeit nur für öffentliche Zwecke verlangt werden.

(2) In Gebieten, in denen noch Zwangs- oder Zwangsarbeit für andere als öffentliche Zwecke besteht, bemühen sich die Hohen Vertragsparteien schrittweise und so bald wie möglich, die Praxis zu beenden. Solange eine solche Zwangs- oder Pflichtarbeit besteht, hat diese Arbeit ausnahmslos außergewöhnlichen Charakter, erhält stets eine angemessene Vergütung und beinhaltet nicht die Entfernung der Arbeitnehmer von ihrem gewöhnlichen Wohnort.

> … Ich habe früher festgestellt, dass reines und angemessenes Flair in England nicht, ja nicht, fubfift ist; Ich meine, wobei dem Mafter ein Abfolute und unbegrenzte Macht über das Leben und Vermögen des Flaves gegeben wird. Und in der Tat ist es abstoßend, und die Prinzipien des Naturgesetzes, dass ein Ftate irgendwo fubfift sollte. Die drei Ursprünge des von Juftinian begangenen Rechts auf Flaver sind alle auf falschen Fundamenten aufgebaut. Wie, Firft, wird Flavery gehalten, um „jure gentium“ aus einem Zustand der Gefangenschaft im Krieg zu leben; woher Flaves Mancipia, Quafi Manu Capti genannt werden. … Krieg ist selbst nur nach Prinzipien der Selbstpräferenz juftifizierbar; und deshalb gibt es kein anderes Recht über Prifoner, sondern nur, sie davon abzuhalten, uns Schaden zuzufügen, indem sie ihre Perfons einschränken: Viele Lefs können das Recht geben, einen Feind zu töten, zu foltern, zu plündern oder sogar zu versklaven, wenn der Krieg vorbei ist. … Aber zweitens ist es faid, dass Flavery „jure Civili“ beginnen kann; wenn ein Mann sich zu einem anderen fällt. Dies ist, wenn es nur um Verträge geht, um für einen anderen zu sorgen oder für einen anderen zu arbeiten, sehr juft: aber wenn es auf strenges Flair angewendet wird, ist es im Sinne der Gesetze des alten Roms oder des modernen Barbaren auch unmöglich. Jedes Fale impliziert einen Preis, eine Gegenleistung, ein Äquivalent, das dem Fäller anstelle dessen gegeben wird, was er an den Käufer überträgt. Aber welches Äquivalent kann für das Leben und die Freiheit gegeben werden, an die beide (in abfolutem Flaver) gehalten werden im map im difpofal sein? Sein Eigentum alfo, genau der Preis, den er zu erhalten scheint, geht ipfo facto auf seinen Mafter über, den Inftant, zu dem er sein Flave wird. In diesem Café gibt der Käufer also nichts, und der Fäller erhält nichts: Von welcher Gültigkeit kann dann ein Fale sein, der genau die Prinzipien widerlegt, auf denen alle Fales beruhen? Laftly, so wird uns gesagt, dass es zwei Arten gibt, auf denen Flaves

> „fiunt“ oder erworben werden, können sie auch erblich sein: „fervi nafcuntur“; Die Kinder erworbener Flaves sind, jure naturæ, durch eine negative Art von Geburtsrecht alfo Flaves. Aber dies, was auf den beiden ehemaligen Rechte-Muft aufgebaut ist, fällt mit ihnen zusammen. Wenn weder die Gefangenschaft noch das Selbstgefühl nach dem Gesetz der Natur und des Grundes die Eltern auf Flair reduzieren können, können viele Lefs die Nachkommen reduzieren.
>
> Blackstones Kommentare, Buch I, Kapitel 14, S. 411, 1765.

Der vorstehende Absatz, der 1765 von Sir William Blackstone verfasst wurde, erklärt perfekt, was heute zwischen dem amerikanischen Volk und dem europäischen Bankinstitut geschieht. Es ist nur ein Beispiel für die Art und Weise, wie die zehn Bretter des Kommunistischen Manifests in der amerikanischen Gesellschaft installiert wurden.

Das Endergebnis dessen, was die Banken- und Regierungsinstitutionen heute in Amerika leisten, wurde vor über 130 Jahren von dem Mann, der für die Schaffung solcher Maschinen für die Regierung verantwortlich war, gut ausgedrückt.

> “ Wenn eine Nation von einem Geist kommerzieller Gier besessen wird, der über die gerechten und fairen Grenzen hinausgeht, die durch die gebührende Berücksichtigung eines moderaten und vernünftigen Maßes an allgemeinem und individuellem Wohlstand festgelegt werden, ist sie eine Nation, die vom Teufel des kommerziellen Geizes besessen ist, einer Leidenschaft wie unedel und demoralisierend als Geiz im Individuum; und da diese schmutzige Leidenschaft niederträchtiger und skrupelloser als Ehrgeiz ist, so ist sie hasserfüllter und macht die infizierte Nation schließlich zum Feind der Menschheit. Den Löwenanteil des Handels zu erfassen, hat immer endlich den Ruin der Staaten bewiesen, weil es immer zu Ungerechtigkeiten führt, die einen Staat verabscheuungswürdig machen; zu einer egoistischen und krummen Politik, die anderen Nationen verbietet, Freunde eines Staates zu sein, der sich nur um sich selbst kümmert.
>
> Moral und Dogma, Albert Pike, Kapitel 3 – Meister, 1871.

Revision #1
Created 16 October 2025 19:13:37 by investigatione
Updated 16 October 2025 19:13:53 by investigatione